

Antrag 28/I/2022**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Keine Gebühren für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erheben**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Länderparla-
2 mente und des Bundestages mögen sich auf Ebene der
3 zuständigen Landes- und Bundesministerien dafür einset-
4 zen, dass keine Gebühren für die Anerkennung auslän-
5 discher Berufsabschlüsse durch die Anerkennungsstellen
6 erhoben werden.

7

Begründung

9 Das 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsge-
10 setz soll Fachkräften aus Drittstaaten ermöglichen nach
11 Deutschland einzuwandern und hier zu arbeiten. Damit
12 soll dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegengen-
13 wirkt werden.

14

15 Leider sind für die Anerkennung ausländischer Berufsab-
16 schlüsse z.T. sehr hohe Gebühren an die Anerkennungs-
17 stellen zu zahlen. Vor allem bei den Stellen, die für drin-
18 gend gesuchte Fachkräfte im Handwerk zuständig sind,
19 müssen bis zu 600 Euro durch die Fachkraft oder bis
20 zu 800 Euro durch den einstellenden Arbeitgeber aufge-
21 bracht werden. Viele gut ausgebildete Fachkräfte aus Län-
22 dern mit niedrigen Einkommen können diese Gebühren
23 nicht oder nur schwer aufbringen. Die meisten Arbeitge-
24 ber in Deutschland wiederum können oder wollen diese
25 Kosten nicht tragen.

26

27 Um die Fachkräfteeinwanderung nach Deutschland zu
28 unterstützen soll auf die Erhebung von Gebühren durch
29 die Anerkennungsstellen verzichtet werden. Alternativ
30 kann eine ratierliche Zahlung und / oder eine Zahlung der
31 Gebühren erst nach Arbeitsaufnahme in Deutschland er-
32 folgen.

33

34 In Deutschland ansässige Fachkräfte können sich die Kos-
35 ten auf Antrag erstatten lassen. Diese Möglichkeit könnte
36 auch für Antragsteller aus dem Ausland geschaffen wer-
37 den. Die Kosten könnten bei einer erfolgreichen Anerken-
38 nung der Berufsabschlusses erstattet oder erst gar nicht
39 erhoben werden.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Länderparla-
mente und des Bundestages mögen sich auf Ebene der
zuständigen Landes- und Bundesministerien dafür einset-
zen, dass **möglichst** keine Gebühren für die Anerkennung
ausländischer Berufsabschlüsse durch die Anerkennungs-
stellen erhoben werden.